

Danziger Zeitung.



Nr. 20109.

1893.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insertate kosten für die sieben-gespaltene gemäßliche Schriftseile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Potsdam, 4. Mai. (W. L.) Das Kaiserpaar ist gestern Abend 10^{1/2} Uhr auf der Wildparkstation eingetroffen und vom Prinzen Leopold und dem Polizeipräsidenten Balan empfangen worden.

Berlin, 4. Mai. (W. L.) Der Kaiser fuhr gestern Abend nach seiner Ankunft im neuen Palais alsbald mittels Sonderzuges nach Berlin, verweilte längere Zeit beim Reichskanzler, von dem er sich über die Situation Vortrag halten ließ, und kehrte alsdann in das neue Palais zurück.

Dortmund, 3. Mai, 9^{1/2} Uhr Abends. (W. L.) Bei der Reichstagswahl haben nach der „Dortmunder Zeitung“ bisher Möller (nat.-lib.) 12 461, Eichhoff (frei.) 1546, Lensing (Centr.) 10 486, Toelke (soc.) 12 684, Aohn (Demokr.) 245, Dr. König (Antif.) 1525 Stimmen erhalten. Stichwahl zwischen Möller und Toelke gilt als gewis. (Bei der Wahl im Jahre 1890 wurden im ersten Wahlgange 11 815 nationalliberale, 10 422 sozialdemokratische, 10 191 clericale, 4157 freisinnige und 1294 demokratische und in der Stichwahl 19 867 nationalliberale und 17 014 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.)

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Mai.

Die Militärvorlage in zweiter Lesung.

Die gegenwärtige Sachlage ist im Eingange des telegraphischen Referats in unserer heutigen Morgenaugabe bereits skizziert: die Entscheidung ist, soweit sich übersehen lässt, bereits als gefallen zu betrachten. Für den Antrag Huene, für den aus dem Centrum selbst nur höchstens zehn Stimmen genommen sind (darunter Graf Ballerstrem, Graf Adelmann, Prinz Arenberg, v. Schlescha), ist eine Majorität nicht vorhanden. In Folge dessen haben auch die einer Verständigung mit der Regierung geneigten Mitglieder der freisinnigen Partei keine Veranlassung, nach der Richtung des Antrages hin etwas zu thun. Sie werden also gleichfalls dagegen stimmen, jedenfalls aber auch gegen den 2. Theil des Antrages Althaus (Höhe der Präsenziffer). Dahin hat man sich auch in der gestern Abend abgehaltenen Fraktionssitzung erklärt. Die verschiedenartigen Glossen, die von links und rechts über das Verhalten der Minorität in der freisinnigen Partei gemacht werden, lassen wir bei Seite. Höchstens möchten wir der „Conservativen Corresp.“, die heute einen höhnischen Artikel über den „Mut der Herren Hinze, Richter und Gesinnungsgenossen“, über „Fraktionswang“ und dergleichen bringt, den Rath geben, doch so freundlich zu sein, vor der eigenen Thür zu sagen und den Balken im eigenen Auge über dem Splitter im Auge des Nächsten nicht zu übersehen. Oder meint sie, daß die Affaire Heßdorff und was damit zusammenhangt, schon vergessen wäre?

Auch darüber Conjecturen anzustellen, ob nach Ablehnung der vorliegenden Anträge noch ein anderer Ausweg gesucht und gefunden werden wird, ob der Schluß nach der zweiten Lesung erfolgt oder ob es doch noch mit dem Motto „interim aliquid fit“ zur dritten Lesung kommt, auch das hätte heute nur wenig Zweck. Jedenfalls war das, was Caprivi in seiner geistigen Rede zu Gunsten des Antrags Huene angeführt hat, nicht gerade geeignet, zu Verständigungsversuchen aufzumuntern. Weniger, als wie der Antrag Huene bietet, will er unter keinen Umständen annehmen, und das, was der Antrag Huene nicht gewährt, behält er sich vor, später nachzu fordern. Nun gewährt der Antrag Huene an Neuformations alles, mit Ausnahme

der 12 Cavallerie-Escadrons. Nur 6500 Rekruten jährlich weniger werden zur Verfügung gestellt. Nur mit Rücksicht darauf, daß die Auflösung des Reichstages zu früheren Er schütterungen als früher führen könnte, wollte Graf Caprivi — die preußische und Reichs regierung — sich diesen Abstrich gefallen lassen; die übrigen Regelungen werden sich dieser Entschließung um so lieber unterordnen, als sie gern bereit gewesen wären, dem Reichstage noch ein gut Stück weiter entgegenzukommen. Weshalb das nicht angeht, hat der Reichskanzler gestern so wenig, wie bei der Erörterung über den Antrag Bennigens erklärt. Der ganze erste Theil seiner gestrigen Rede enthält eine Be gründung der Regierungsvorlage in ihrer Gesamtheit, die er überdies als „sehr bescheiden“ bezeichnet. Es ist ein durchdachtes Ganje, aus dem kein Stein herausgenommen werden kann. Weshalb, ist das Geheimnis des Reichskanzlers und seiner militärischen Autoritäten, d. h. des großen Generalstabes. Alle Argumente, welche Graf Caprivi vorbrachte, können ebenso für eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 200 000 Mann wie für eine solche um 50 000 Mann vorgebracht werden. Gleichwohl war der Herr Reichskanzler so ehrlich, einzugehen, daß Behauptungen, wie die, daß Frankreich schon gegenwärtig Deutschland überlegen sei, nicht zutreffend seien, aber — man dürfte es dahin nicht kommen lassen, dann sei es zu spät. Und da nun das Stehenbleiben in militärischen Dingen für jeden Staat unmöglich ist, so muß das Wetttrennen immer wieder fortgesetzt werden, denn, sagt der Reichskanzler, Stehenbleiben ist bereits „Ausrüstung in kleinem Maßstabe“. Das würde natürlich auch für die Zukunft gelten und so wäre die Hoffnung, daß mit der Annahme dieser Vorlage das Nötige gethan wäre, freisch eitel.

Dass Graf Caprivi in demselben Tone wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem gestern früh veröffentlichten Artikel den Conservativen einige Freundschaften sagte, um ihnen den Antrag Huene schmackhaft zu machen, war eigentlich überflüssig. Sie haben ja, wie die „Auszug“, meldete, vorläufig dem Antrage bereits zugestimmt und es war lediglich Romodio, daß Frhr. v. Manteußel nach der Rede des Reichskanzlers und den seinen Antrag begründenden Worten Huenes sehrlich die Vertagung der Sitzung verlangte, da die conservativen Fraktion sich über den Antrag Huene schlüssig machen müsse. Die conservative Partei wird sich um so mehr bemühen, das Wohlwollen des Reichskanzlers zu verdienen, als sie ja ohnehin ganz ruhig darüber ist, daß der Antrag Huene heute oder morgen abgelehnt wird.

Die Begründung des Antrages Huene durch den Antragsteller wies vielfach auf einen Gegensatz zu dem Centrum hin, der schwerlich ohne Folgen bleiben wird. Er mache aber zu Gunsten des Antrages, der sich von der Regierungsvorlage nicht wesentlich unterscheidet, geltend, daß er sich im Laufe der Berathung in der Commission, der er bekanntlich nicht angehört, über die Notwendigkeit der Vorlage klar genorden sei. Jedenfalls lehnt er für seinen Theil die Verantwortlichkeit für die Ablehnung der Vorlage und für das, was dann kommen wird, ab.

Auffällig ist übrigens, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die dauernde Verminderung der Friedenspräsenz durch den Antrag Huene nur auf 10 505 Köpfe berechnet, während Huene selbst eine solche von 12 705 Mann annimmt. Indessen darauf kommt es zur Zeit nicht mehr an. Wenn es der Regierung bei den Ausichten auf Neuwahlen, wie Graf Caprivi eingestand, unheimlich wird, so hätte sie das früher in Betracht ziehen müssen. Aber bisher haben die Offizielen immer von den vortrefflichen Ausichten für die Neuwahlen gesprochen. Heute werden von den freisinnigen Abg. Richter und demnächst Hinze sprechen, der sich für alle Fälle freie Hand vorbehalten hat.

* Am Hofe der Kaiserin.

Einem neu erschienenen Buche „Am Hofe der Kaiserin Auguste Victoria“ ist Folgendes über die Gemächer der Kaiserin im Berliner königl. Schlosse entnommen: Die Reihe derselben beginnt zunächst das Empfangszimmer. Dasselbe zeigt eine reiche künstlerische Ausstattung. Die alten niedrigen Paneele und die Fensterlaibungen aus rothbraunem und grauem Marmor sind von früher belassen. Die Obertheile der Wände sind mit resegdrägurigen Seidendamast-Tapeten bespannt bis hinauf zu dem Gesims, von dem sich die Doute zu der reich ornamentirten und vergoldeten Decke aufwölbt. Diese Decke ist ein wahres Meisterstück von Lessings Bildnerhand, in Schlüter'schen Formen.

Zunächst gelangt man dann in das kaiserliche Wohnzimmer, das mit Aufbaumpaneel und lachsfarbenen Damasttapeten ausgestattet ist. Der Rahmen ist von schwarzem Marmor. Es folgt das Arbeitszimmer Ihrer Majestät, in dem lichtblaue blaugraue Stoffschläfer mit rothen Stuckmarmorselbern abwechseln, in denen sechs mit Bafen geschmückte Nischen eingefügt sind. An das Gemach stößt das Schlafzimmer Ihrer Majestäten, das in schlichtem Schmuck einen freundlichen Eindruck macht. Graugrüne Paneele umziehen die Wände, die mit großblumigem Kretonne tapezirt sind. Die Decke ist unter künstlerischer Verwerthung der goldenen Symbole Amors und der Muß lebendig geschmückt.

Von dem Schlafzimmer des kaiserlichen Paares öffnet sich eine Thür in das Toilettenzimmer und Bad Ihrer Majestät, dessen fast ganz in Weiß und Gold gehaltene, nur wenig durch resegdrägurigen Seidenstoff farbig gestaltete Ausstattung einen ungemein freundlichen und sauberen Eindruck macht. Das einstirige Zimmer enthält an der Decke einen Kranz lieblicher Blüthen und Blumen mit Schmetterlingen.

Auf der Ostwand liegt die Badewanne, von der kaiserlichen Porzellan-Manufaktur höchst reizvoll ausgestattet. Die beiden Marmorstufen führen dazu empor. Den malerischen Schmuck hat Rips mit seinem Einne gezeichnet in roth-

Die Anträge zur zweiten Lesung.

Zur zweiten Lesung der Militärvorlage liegen also, wie wir der besseren Übersicht wegen nachstehend nochmals im Zusammenhange wiederholen, der freisinnige Antrag Althaus u. Gen., der Antrag des Centrums, Graf v. Preysing-Straubing u. Gen. und endlich der Antrag des Abg. v. Huene.

Die beiden ersten Anträge sind bereits aus den Commissionsverhandlungen bekannt. Der freisinnige Antrag verlangt Abänderung des Artikels 59 der Verfassung dahin, daß die Dienstzeit im stehenden Heere bei den Fußtruppen zwei Jahre dauert und bewilligt ferner die gegenwärtig zu Recht bestehende Friedenspräsenziffer von 486 983 bis zum 31. März 1895. Der Antrag des Centrums hält faktisch ebenfalls an der bisherigen Friedenspräsenziffer fest, überläßt aber nach der Regierungsvorlage die Festsetzung der Zahl der Unteroffiziere dem Beschlusse zum Militäretat. Unter Abzug der Unteroffiziere in der Zahl von 66 952 Köpfen bleibt als Friedenspräsenziffer an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten eine Zahl von 420 031 Mann übrig. Diese Ziffer soll bis zum 30. September 1898, also fünf Jahre in Geltung bleiben. Die hier von für die Fußtruppen entfallende Zahl gilt, wie das auch die Regierungsvorlage wollte, als Jahresdurchschnittsstärke; die auf die Cavallerie und die reitende Füllartillerie entfallende Zahl ist die Jahreshöchststärke. Der Antrag v. Huene mit dagegen über die gegenwärtige Präsenziffer hinaus 59 198 Mann auf 5^{1/2} Jahre, also bis 31. März 1899 bewilligen, und zwar soll diese Ziffer als Jahresschnittsstärke festgestellt werden. Der Antrag Huene bleibt also hinter der Regierungsvorlage um 13 800 einfallslich 1095 Unteroffizieren, also an Gemeinen u. s. w. um 12 705 Mann zurück. Da der Antrag ferner die Verpflichtung der Gemeinen in (vacanten) Unteroffizierstellen ausgleicht, so ist die Einstellung von rund 11 000 Gemeinen, welche die Regierungsvorlage für die ersten Jahre in Aussicht genommen hatte, unthunlich. Huene geht ferner von der Voraussetzung aus, daß im ersten Jahre durch Entlassung des Dispositionslaurber im bisherigen Umfange eine Minderpräsenz von 5000 Mann eintreten wird, so daß also im ersten Jahre die Präsenziffer um 29 800 Mann vermindert wird. Die Mehrreinstellung von Rekruten sollte nach der Regierungsvorlage 60 000 Mann betragen, nach dem Antrag Huene 53 500 dauernd und 4500 Mann vorübergehend. Die dauernden Ausgaben vermindern sich durch den Antrag Huene von 64 Millionen auf 53 Millionen. Im ersten Jahre tritt noch eine Ersparnis von 4 Millionen ein, die aber in dem Maße, wie die vacanten Offizier- und Unteroffizierstellen befreit werden, sich abmindest. Dazu würden „nicht verhebbliche Ersparnisse“ an den einmaligen Ausgaben treten. Die Zahl der Dekomissionierwerker wird um 2300 Mann vermindert, so daß die künftige Ziffer um 800 Köpfe hinter der jetzigen zurückbleibt. Der Antrag Huene bewilligt damit sämtliche in der Regierungsvorlage vorgebrachten Neuformungen mit alleiniger Ausnahme der 12 Escadrons Cavallerieabodes. Die 173 dienten Bataillone werden als „Halbbataillone“ bezeichnet. Der Antrag Huene geht also über den Antrag Bennigens hinaus, der an der Friedenspräsenziffer 30 000 Mann, an der Rekrutenziffer 15 000 Mann absieht und an neuen Formationen nur die 173 dienten Bataillone und 60 Feldartillerie-Bataillone bewilligen wollte. In den Bestimmungen über die zweijährige Dienstzeit stimmt der Antrag Huene mit dem Antrag Preysing (früher Lieber) überein. Für die Dauer des Gesetzes wird die Dauer der aktiven Dienstpflicht für alle Fußtruppen auf zwei Jahre herabgesetzt. Während des dritten Jahres kann ihnen die Erlaubnis zur Auswanderung verweigert werden. Als Compensation wird vorgeschlagen, daß für die Cavallerie und reitende Füllartillerie die Dienstzeit in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei, anstatt vier Jahre dauert. Im ersten Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzes können die Fußtruppen noch ein drittes Jahr bei der Fahne zurückgehalten werden oder während der dritten Jahres wieder einberufen werden.

Reichsjustizamt und bürgerliches Gesetzbuch.

Durch den Tod des Staatssekretärs des Reichsjustizamts kommt in die Arbeiten der Commission für Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches von neuem ein sehr empfindlicher Bruch. Ein Nachfolger, er sei, wer es auch sei, muß sich in die Materie neu einarbeiten; er wird unter allen

Ausstattung gefällt. Ein hoher Preis von gold durchwirkter, grober Leinwand, auf welchem von unseren ersten Künstlern in dichten deutlichen Strichen Scenen aus dem Kinderleben dargestellt sind, schmückt die Wände. Hier schaukeln sich ein paar Kinder in einem Kahn, dort wird Obst gepflückt, dort von Kindern neu eingeschafft.

Berlin, 3. Mai. Der Umbau des königl. Schlosses in dem an der Schloßfreiheit sich hinziehenden Flügel wird auch in diesem Jahre nicht zum Abschluß gelangen, sondern auch das folgende Jahr in Anspruch nehmen und sich wahrscheinlich sogar noch bis zum Jahre 1895 erstrecken. Das Vorrücken des noch zurückgebliebenen Theiles der westlichen Hoffront und der dadurch erforderliche Eingriff in die inneren Räumlichkeiten läßt sich, nach der „Voss. Ztg.“, in kürzerer Frist nicht ausführen.

A. C. [Das Haushaltungsbuch Napoleons I.] Ein wohlbekannter französischer Antiquitätenhändler, Paul Dublin, fand, während er das Geschäft eines alten Antiquitätenhändlers durchstöberte, das Haushaltungsbuch welches Pierron, der Kellermeister des entthronten Monarchen, während seiner Verbannung auf St. Helena führte. Die Eintragungen datieren vom Januar 1818 bis zum 5. Mai 1821, dem Todesstage Napoleons. Interessante Einzelheiten in Bezug auf den Haushalt Napoleons sind in dem Buche nicht verzeichnet. Dasselbe wird mit erklärenden Noten veröffentlicht.

* [Die Tochter Emilia Paschas], Feriba, welche sich zur Zeit noch in Bagamoro befindet, wird, wie uns aus Breslau geschrieben wird, demnächst im Hause der Schwester Emilia, Fräulein Melanie Schnizer, zu Reise Aufnahme und weitere Ausbildung finden. Zugleich wird der „Schle. Ztg.“ aus Berlin gemeldet, daß der größte und wertvollste Theil der früheren Aufzeichnungen Emilia Paschas, welcher bisher bei dem Gouvernement in Dar-es-Salaam aufbewahrt war, eben-

Umständen Gedanken fallen lassen, die sein Vorgänger gehabt hat und neue Arbeit in das Gesetz hineintragen. Der französische Code civil ist, so weit es auf die juristische Machte ankommt, das Werk eines einzigen Mannes, Cambacérès, des Collegen Napoleons im Consulat, eines Mannes, dessen politischer Charakter gerechten Angriffen Spielraum darbot, der aber durch Schärfe und Gelehrsamkeit für eine solche Arbeit prudenter bestimmt war. Dem Umstande, daß Ein Mann das Werk geleitet und es in verhältnismäßig kurzer Zeit zu Ende geführt hat, verdankt der Code civil die Einheitlichkeit seines Ausdrucks und die Geschlossenheit seines Gedankenganges.

Die Zeitung der Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches geht nun binnen wenigen Jahren zum dritten Male in andere Hände über. Herr Dehlschläger hatte das Glück, zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt zu werden. Herr Bosse konnte sich dem Ruf nicht entziehen, preußischer Cultusminister zu werden, und Herr Hanauer ist gestorben. Wegen dieses leichten Ereignisses kann man selbstverständlich mit niemandem rechten, wohl aber wegen der beiden ersteren. Die Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich zu leiten, ist ein so ehrenvoller Auftrag, daß er nur jemandem übertragen werden sollte, der entschlossen ist, unter Verzicht auf jede Beförderung, den Rest seines Lebens und seiner Kraft daran zu setzen.

Herr Hanauer hatte bis vor Jahresfrist nur in der Sitz des Bureaus gewirkt und sich hier den Auf verschafft, vorsichtig an seiner Stelle zu sein. Mit parlamentarischen und politischen Geschäften war er nicht befaßt worden. Er gehörte, schreibt der parlamentarische Correspondent der „Bresl. Ztg.“, zu jenen Männern, die man als „chemisch reine Juristen“ bezeichnen könnte, und für welche das Recht eine Welt für sich bildet, die mit der übrigen Welt nur in losem Zusammenhang steht. Er war Vorstand der Redactionscommission für das bürgerliche Gesetzbuch und hier vorsichtig an seiner Stelle. Den materiell gefassten Beschlüssen die formelle Ausgestaltung zu geben, war er wenige berufen. Seit er Staatssekretär und damit Inhaber eines politischen Amtes wurde, überraschte er durch die Leichtigkeit, mit welcher er sich fremde Wünsche anpassend. Das Gauchohergesetz, das Spionagegesetz, das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte, die lex Heinze stellte er mit Schnelligkeit fertig. Die formellen Ausstellungen überwand er mit Leichtigkeit, den materiellen Bedenken dagegen wurde er nicht gerecht. Jetzt muß er im Reichsjustizamt und in der Commission für das bürgerliche Gesetzbuch durch eine neue Kraft ersetzt werden, und die Hoffnung, daß bei so häufigen Personenwechseln ein einheitliches Werk zu Stande komme, wird von neuem abgeschwächt.

Die antisemitischen Exesse in Breslau wurden gestern im böhmischen Landtag zur Sprache gebracht. Darauf erklärte der Statthalter Graf Thun, die Exesse seien durch die böswillige Ausbreitung der Dispositionslaurber im bisherigen Umfange eine Minderpräsenz von 5000 Mann eintreten, was im Interesse der Sicherheit der Person und des Eigentums verfügt werden könnte; dieselben seien überall mit aller Entschiedenheit aufgetreten, wodurch es ihnen gelungen sei, die Wiederholung und Ausbreitung der Exesse zu verhindern. Der Statthalter erklärte, er verurtheile die Bewegung aufs Schärfste, welche eine ganze Klasse gleichberechtigter Staatsbürger ihrer gesetzlich gewährleisteten Rechte berauben wolle und sich hierbei von blindem Rassenhaß leiten lasse. Alle Regierungsorgane seien verpflichtet, schon in der Ausübung

falls nach Reisse abgesandt werden wird. Man darf aus diesen Schriften über den dunklen Erdteil ohne Zweifel eine überaus reichhaltige Ausbeute für die Wissenschaft erwarten.

* Breslau, 3. Mai. Der Historienmaler und Professor an der königlichen Kunsthochschule Schobelt ist gestern gestorben.

Besonders bekannt ist Schobelt durch das Bild „Venus und Bellona“ in der Berliner Nationalgalerie, die Deckenbilder im Festsaale des Cultusministeriums, die Wandgemälde der Neuen Kirche, die Altarszenen zu den Darstellungen von Moses und Salomo in den Glassfenstern der Dankeskirche, und durch die im Herbst 1891 ausgeführten Wandgemälde in der Apsis der Dorotheenstädtischen Kirche. Schobelt war am 9. März 1838 in Magdeburg geboren, studierte an den Akademien zu Düsseldorf, Berlin und Brüssel und ging dann nach Paris, wo er das Atelier von Gleyre besuchte. Von dort kam er nach Berlin, wo er sich vorzugsweise an Prof. Schrader anschloß. Im Jahre 1863 errang er das große akademische Stipendium, das ihm die Mittel zu einer Studienreise nach Rom bot. Dort blieb er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1868 und malte Historienbilder strengen Stils, Genrebilder, Porträts, mitunter auch Landschaften, wie z. B. Todtenträger-Szenen aus „Hamlet“, Erstellung einer „Eva, Trunkener Bacchus, Neapolitanischer Heiratsantrag, Floramit den Genien des Frühlings“. Sein Hauptwerk ist das schon erwähnte, im Besitz der Nationalgalerie befindliche Gemälde „Venus und Bellona“, eine allegorische Darstellung des Kampfes zwischen Pflicht und Liebe. Seit einer Reihe von Jahren wirkte Schobelt als Lehrer an der königlichen Hochschule in Breslau.

* München, 3. Mai. Der Prinzregent hat den Mitgliedern der königlichen Hofbühne Gura und den Damen Dreher und Heese die goldene Kunstmedaille verliehen. (W. L.)

der Vorzorge für die allgemeine Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe dieser Bewegung die volle Aufmerksamkeit zu widmen, und, wo immer ein Anlaß sich biete, derselben auf das entschiedenste entgegenzutreten, damit alle Bewohner Böhmens ohne Rücksicht der Nationalität, der Confession und des Standes den Vollgenuss der staatsbürglerischen Rechte und den Schutz der berechtigten Interessen genießen. Es könne aber nicht die Sache der Sicherheitsbehörde sein, gegen die verbreiteten Anschauungen und Tendenzen zu Felde zu ziehen, sondern ihre Thätigkeit könne der Hauptfahre nach nur eine repressive sein und erst dann eintreten, wenn solche Ideen in concreten Thatsachen den gesetzwidrigen Ausdruck fänden. Lebhafter Beifall folgte diesen Erklärungen.

Das neue norwegische Cabinet.

Einer telegraphischen Meldung aus Christiania vom 8. Mai zufolge sind die Portefeuilles folgendermaßen unter die Mitglieder des neuen Cabinets verteilt worden: Staat, Revisionsminister; Thorne Minister des Innern; Furu, Finanzminister, Bang, Unterrichtsminister; Hagerup, Justizminister; Ossian, Vertheidigungsminister, Niesssen, Arbeitsminister.

Demonstration gegen die Homerule-Bill.

In London stand gestern Nachmittag unter dem Vorsitz des Lordmayor in der Guildhall ein Meeting gegen die Homerule-Bill statt. An demselben nahmen Vertreter der Handels-, Finanz- und Industrie-Institute Theil. Der Saal war überfüllt. Die Mehrzahl der Börsenmitglieder, etwa 1200 an der Zahl, begaben sich in Procession mit Fahnen und unter Gefang des "Rule Britannia" nach der Guildhall und hielten die Umgebung gegen die Gladstoneaner belebt, welche angeblich eine Gegendemonstration beabsichtigten. Dem Meeting wohnten auch Chamberlain und mehrere andere unionistische Parlamentsmitglieder bei. Chamberlain wies in seiner Rede auf die bisher gegen die Regierungsvorlage dargelegten Gründe hin und gab ein Bild von dem Unheil, das für Irland daraus hervorgerufen würde. Das Meeting nahm einstimmig eine sich gegen die Homerule-Bill ausprechende Resolution an. Der Beschluß wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Kämpfe an der Nordseite des Victoria-Nyanza.

Wie der "Times" aus Janibar von gestern gemeldet wird, waren daselbst Nachrichten aus Mengo vom 10. Februar eingetroffen, denen zu folge der englische Capitän Williams und Major Smith die Usuma-Inseln an der Nordseite des Victoriasees in Folge von Herausforderungen der dortigen Eingeborenen angegriffen und diese letzteren mit Hilfe eines Maxim-Geschützes geschlagen haben. Es wurden drei der Inseln erobert und etwa 100 Sklaven in Freiheit gesetzt.

Zum Aufstand auf Cuba

melden neuerdings amtliche Depeschen, daß sieben Infanterie- und Cavallerie-Colonnen die Aufrührer verfolgen. Die auffändische Bewegung bleibt auf ihren ursprünglichen Heerd beschränkt.

Einer Depesche des New Yorker "Herald" folge ist der Aufstand der Unzufriedenheit mit dem Resultat der Wahlen zu den Cortes, welche letzten März stattfanden, und der übermäßigen Besteuerung zu schreiben. Am 27. v. M. erließ der General-Capitän ein Manifest, in welchem allen Rebellen, die ihre Waffen innerhalb acht Tagen niedergelegen würden, Begnadigung angeboten wurde. Die Insurgenten jedoch, die sich weigern, würden als Derräthe behandelt werden. Am Freitag folgten die Rebellen — 2000 Mann stark — den Weg längs des Flusses Cero ein. Der Capitän eines Schiffes, welches von Gibara kam, meldet, daß er den Platz verlassen sand und unfähig war, seine Fracht abzuladen, da die Arbeiter sich den Insurgenten angeschlossen hatten. Es wird gemeldet, daß die Tobak- und Zucker-Ernten auf der Insel verloren sind. Der "Herald" veröffentlicht auch eine Depesche von Havana, in welcher berichtet wird, daß die Behörden der festen Meinung sind, daß die Rebellion bald unterdrückt werden wird. Das ausführende Comité der Autonomistenpartei mißbilligt den Aufstand und will die Regierung unterstützen. Es heißt, daß zwei der einflussreichsten Rebellen sich ergeben haben. Die cubanischen Clubs in New York und den hauptsächlichsten Städten der Vereinigten Staaten haben sich zu Gunsten der Rebellen erklärt und werden den Aufstand unterstützen.

Landtag.

Herrenhaus.

14. Sitzung vom 3. Mai. 12 Uhr.

Am Regierungstheile: v. Schelling, Bosse. Das Haus beschäftigt sich zunächst mit der geschäftlichen Behandlung der aus dem anderen Hause zu erwartenen Steuergesetze. Es wird beschlossen, diese Berathung erst nach der zweiten Abstimmung über das Wahlgesetz vorzunehmen.

Die Communalcommission erstattet wiederholte Bericht über die Vorlage betreffend Ruhgehaltskassen für die Volkschullehrer. Befuß Prüfung der vom Oberbürgermeister Bötticher angeregten Frage, welche Mehrbelastung der Entwurf für die größeren Stadtgemeinden herbeiführt und ob die Lassenverbände beim Auscheiden der letzteren nicht lebensfähig bleiben, war die Vorlage an die Commission zurückgewiesen und diese um fünf Mitglieder verstärkt worden.

Nach der Vorlage soll in Ergänzung des Lehrerpensionsgesetzes von 1885 bestimmt werden, daß behufs gemeinsamer Besteitung des durch den Staatsbeitrag nicht gedeckten Theils der Lehrerpensionen vom 1. April 1893 ab für die zur Aufbringung verpflichteten Schulverbände (Schulsocietaten, Gemeinden, Bürgschaften) in jedem Regierungsbezirk eine Ruhgehaltskasse gebildet wird. Den Maßstab für die Vertheilung des Bedarfs bildet die Jahressumme des pensionsberechtigten Dienstinkommens der Lehrer und Lehrerinnen des Kassenbezirks.

Referent v. Breitenbach: Auch die verstärkte Commission hat sich für das Auscheiden der größeren Stadtgemeinden nicht entscheiden können; sie kann nicht anerkennen, daß diese durch das Gesetz überlastet oder auch nur empfindlich herangezogen werden würden.

Correferent Oberbürgermeister Fuß-Riel vertritt den Standpunkt der Commissionsminorität. Der Gesetzentwurf gehe ohne weiteres über den Verfassungsgrundstock hinweg, daß die Gemeinden die Verpflichtungen für die persönlichen Schulläste sind, und ziehe die besser situierten Gemeinden zwangsweise zu Lasten heran, die sie nicht zu tragen hätten. Der Schultafel mancher der in Betracht kommenden größeren Communen werde durch das Gesetz verdoppelt zu verdrängt. Die Regierung behauptet, die Vorlage sei nur ein Mittel der ausgleichenden Gerechtigkeit, da die Städte durch die Anstellung zu junger Lehrer sich den Vortheil der Ruhgehaltskassen selbst verschaffen. Die Städte könnten aber doch unmöglich den nötigen Erfolg an Lehrern aus den Kreisen der älteren ländlichen Lehrer entnehmen; außerdem aber existiere eine Verfügung, welche eine solche Entnahmen mittelbar er-

löwe, die Annahme der Vorlage werde eine ganz ungerechte Mehrbelastung der großen Städte zur Folge haben. Für leistungsfähige Schulverbände habe verfassungsmäßig der Staat einzutreten. Jedenfalls sei es sehr bedenklich, Zweckverbände von der Ausdehnung eines Regierungsbezirks zu bilden; das habe auch in der neuen Landgemeindeordnung keinen Vorgang. Höchstens könnte man so weit gehen, den Zweckverband auf den Umfang des Kreises zu beschränken. Die Vorlage verstärke den staatlichen Einfluß auf die Volksschule in außerordentlichem Maße; die Regierungen könnten hierauf schließlich den Staat der Gemeinden auf dem Schulgebiete trocken der angeblichen Selbstverwaltung einfach festsetzen. Das Gesetz sei also in erster Linie abzulehnen, eventuell erst 1894 in Kraft zu setzen und nach den angebauten Richtungen zu amenden.

Oberbürgermeister Bender-Breslau beantragt, die Vorlage nochmals an die Commission zurückzuverweisen. Prüfung der Frage, ob das Gesetz eine Verfassungsänderung enthält. Der Antragsteller hält letzteres für zweiflos. Der subsidiär Verpflichtete sei nach der Verfassung der Staat; dieser Verpflichtung wolle sich der Staat dadurch entziehen, daß er die betreffende Laft auf größere Verbände abwälze.

Cultusminister Bosse: Von einer Verfassungswidrigkeit der Vorlage kann gar keine Rede sein; ebenso wenig davon, daß die Staatsregierung irgend einer Verpflichtung sich entziehen will. Nach Art. 25 sollen die Gemeinden die Pensionslast tragen. Der Staat gibt sie Zuschüsse, 600 Mk. für jeden Pensionär, nicht bloß den armen, sondern auch den reichen Gemeinden. Die Vorlage schafft gar keine neue Instanz, sondern eine einfache Justizstelle, diese und die Gegen seitigkeit der Versicherung seien keine Abweichung von den Verfassungsgrundzügen. Der Antrag könne nur eine weitere Vergrößerung der Vorlage zur Folge haben, was er im Interesse gerade des platten Landes sehr bedauern möchte.

v. Wedel bittet um Ablehnung des Antrages. Die Verfassung lege „den Gemeinden“, nicht „der Gemeinde“ die in Rede stehende Verpflichtung auf.

Nachdem noch Minister Bosse darauf hingewiesen, daß auch in dem Wittwenkassenfgefeß keine Verfassungsänderung erblieb, wird der Antrag Bender abgelehnt.

Oberbürgermeister Bötticher-Magdeburg: Nach zuverlässigen Aufnahmen werden von 41 größeren Städten 31 ganz erheblich mehr belastet werden. Gehört dagegen ist die Vertröstung, daß späterhin die Beiträge sich erheblich geringer stellen werden. Die Communen würden bis zu 6 v. H. des Gehalts die Zahlstellen abzuführen haben, ja teilweise sogar 7—9 v. H. Die kleinen ländlichen Schulverbände können sehr leicht auch schlechter bei dieser Neuerung fahren. Ich muß mich heute mit Herrn Fuh gegen die ganze Vorlage erklären. Jedoch bitte ich, meinem Antrag, das Gesetz erst am 1. April 1894 in Kraft zu setzen zu bestimmen. Die neue Einrichtung löst den Lehrer zum Schaden des bisherigen patriarchalischen Verhältnisses von der Gemeinde los und verkümmt die Selbstverwaltung. Die Kreise halte ich als Zweckverbände allerdings für viel zu klein. Auch nach dem Auscheiden der Stadtkreise bleiben die Bezirke durchaus lebensfähig.

v. Putthamer-Carzin beantragt, das Gesetz am 1. Juli 1893 in Kraft treten zu lassen. Geh. Finanzrat Germar bestreitet, daß eine Mehrbelastung für die Stadtkreise erwünscht. Bender-Breslau bleibt dabei, daß die Verfassung durch die Vorlage modifiziert wird. Zur Verpflichtung Wittwengels zu zahlen, sei die Gemeinde verfassungsmäßig nicht gezwungen. Mit der Redewendung von der ausgleichenden Gerechtigkeit könne man doch solche Vorlage nicht begründen. Auch das Polizeikostenfgefeß sei im Rahmen der ausgleichenden Gerechtigkeit durchgebracht worden; es lege Breslau 400 000 Mk. für nichts auf. Die Verhältnisse in den Städten und auf dem Lande liegen keineswegs so, daß man von einer Begünstigung der großen Städte sprechen könnte. Redner weiß dies im einzelnen an dem Steuer aufkommen u. s. m. ausführlich nach.

Cultusminister Bosse ergreift nochmals zu längere Vertheidigung der Vorlage das Wort. Den ziffernmäßigen Belegen könne kein entscheidender Wert gemessen werden, der Grundgedanke der Vorlage sei an sich so gefund, daß es jener gar nicht benötigte. Die großen Städte würden doch auch bei der Steuerreform mit ihrer Überweisung der Realsteuern erheblich besser gestellt. Die 5 v. H. Durchschnittsbelastung seien jedenfalls zutreffend. Uebrigens beständen noch in einzelnen großen Städten besondere Schulverbände. Ohne die großen Städte bleibe die Vorlage unbedeutend, durchsichtiger, Glückwerk.

Oberbürgermeister Zweigert-Essen: Die Verpflichtung bezüglich der Wittwenkassen ist keine gesetzliche Schuldlast. Der Vorlage stehe ich nicht so gegerig gegenüber, wie die Mehrzahl der Redner, hätte aber gern gesehen, daß man andere Verbände, etwa die Provinzen, gewährt hätte. Eine Verfassungsänderung enthält die Vorlage nach meiner Ansicht unbedingt.

Bender-Breslau tritt nochmals für die Ablehnung der Vorlage ein.

Minister Bosse erklärt sich mit dem Antrage v. Putthamer einverstanden.

Damit schließt die Generaldiscussion. S 1 der Vorlage wird mit dem Antrage v. Putthamer angenommen, desgleichen der Rest des Gesetzes nach unverstehlicher Discussion nach den Commissionsvorschlägen. Desgleichen das Gesetz im ganzen.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt, nicht vor dem 24. Mai.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 3. Mai. 11 Uhr.

Am Ministerialtheile: v. Schelling, Bosse.

Zur dritten Berathung steht die Secundärbahnvorlage.

Abg. v. Röhne (freicons.) fragt an, ob nicht an allen Locomotiven geeignete Vorkehrungen zu treffen seien, um den häufigen Waldbränden vorzubeugen.

Minister Thielken erklärt, daß die Eisenbahnverwaltung selbst ein Interesse an der Vermeidung von Waldbränden habe, weil sie für den Schaden aufkommen müsse. Deshalb haben alle Locomotiven Funkenfänger, die aber nicht von außen zu sehen seien. Trotzdem käme bei heftigem Winde Flugfeuer vor. Es seien ferner Schuhwände gegen dasselbe in den Wäldern errichtet. Viele von der Eisenbahn nicht verursachte Brände würden aber dieser zur Last gelegt, während manchmal irgend ein Bummler mit seiner Cigarre daran schuld sei.

Abg. Krebs (Centr.) empfiehlt die Fortführung der Linie Rudczann-Rothsles über Seeburg und Heilsberg nach Zinten.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (freicons.) bedauert, daß in den letzten Jahren die Secundärbahnvorlage so knapp bemessen sei. Gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges müsse der Staat Bahnbauten vornehmen, zumal dann die Arbeiten billiger seien. Die Provinz Posen sei in den letzten Jahren gar nicht bedacht worden. Zu bedauern sei auch, daß die Vorlage keine Staatssubvention für Kleinbahnen enthalte.

Abg. Schöller (freicons.) beklagt, daß Preußen in Bezug auf Bahnbauten hinter anderen Ländern, wie Frankreich, zurückbleibe, und daß namentlich die Verbindung Berlins mit Posen und Schlesien mangelfhaft sei.

Daraus wird die Secundärbahnvorlage angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, befreit in den Sitzungsbereich des rheinischen Rechts außerhalb des vormaligen Herzogthums Berg bestehenden Pfandschaften, sowie die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 12. April 1888 über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbeständige Vermögen im Sitzungsbereich des rheinischen Rechts.

Die Vorlage wird einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs be-

treffend Städterweiterungen und Sonnenfeiern (Antrag Adikes).

Abg. v. Richthofen (conf.) hält eine eingehende Prüfung der Vorlage für nötig. Der anfängliche Antrag Adikes wäre einfach unannehmbar gewesen, für die Sonnenfeiern ist die königl. Genehmigung unentbehrlich.

Abg. Anebel (nat-lib.) begrüßt die Vorlage mit Freuden, dieselbe wird in Zukunft verhindern, daß der Besitzer eines einzelnen Grundstückes die Entwicklung eines ganzen Stadtheiles hemmt. Einige Änderungen hierauf schließlich den Staat der Gemeinden auf dem Schulgebiete trocken der angeblichen Selbstverwaltung einfach festsetzen. Das Gesetz sei also in erster Linie abzulehnen, eventuell erst 1894 in Kraft zu setzen und nach den angebauten Richtungen zu amenden.

Abg. v. d. Acht (Centr.) erklärt sich mit großer Entschiedenheit gegen die Vorlage, die höchstens als Material für eine spätere Gesetzgebung zu verwerten sei; auch ohne das Gesetz könne man im Einzelfalle zu Verständigungen gelangen, wie man dies in Magdeburg gethan habe.

Abg. Ludowig (nat-lib.) stellt die Vorlage ein Vorheil. Einzelinteressen müssen vor dem Interesse der Allgemeinheit zurücktreten. Man könnte die Bestimmungen der Vorlage auch ohne Bedenken auf die ländlichen Ortschaften in der Nähe großer Städte ausdehnen. (Hört, hört!) Sollte die Vorlage nicht zu Stände kommen, so werde es höchstens die Regierung veranlassen, im nächsten Jahre eine Vorlage einzubringen.

Abg. Frhr. v. Cynat (Centr.): Die Vorlage stellt einen weitgehenden Eingriff in Privatrechte dar, der durchaus nicht notwendig ist.

Abg. Schumacher (Freicons.): Jede Polizeiverordnung stellt einen Eingriff in Privatrechte dar. Daß ein bringendes Bedürfnis für die Vorlage vorhanden ist, beweisen die zahlreichen Klagen über die Mißstände in großen Städten.

Abg. Reich (freicons.): hat einige redaktionelle Wünsche, die er berücksichtigt zu sehen wünscht, namentlich sei der Ausbruch „Sonnengebiet“ schwer verständlich, man könne besser von „Gebiet“ allgemein reden.

Die Vorlage geht an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Eine Reihe kleiner Vorlagen betreffend Errichtung neuer Amtsgerichte, Veränderung bestehender Amtsgerichtsbezirke etc. werden abgetragen in erster und zweiter Lesung erledigt, ebenfalls die Vorlage betreffend das Mindestgebot bei Zwangsversteigerung unbestritten.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.

(Kleine Vorlagen in 3. Lesung und Schulgesetz.)

Schluss 2½ Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 3. Mai. Das (bereits kurz erwähnte) Telegramm, welches der Kaiser an den Bundespräsidenten der Schweiz, Schenck, gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut:

„Es liegt mir am Herzen, Ihnen beim Verlassen des Schweizer Bodens meinen und der Kaiserin aufrichtigen Dank für die freundliche Begrüßung seitens des Bundesrates und für den sympathischen Empfang, der uns seitens des Schweizer Volkes zu Theil geworden, zu danken.“

„Es liegt mir am Herzen, Ihnen beim Verlassen des Schweizer Bodens meinen und der Kaiserin aufrichtigen Dank für die freundliche Begrüßung seitens des Bundesrates und für den sympathischen Empfang, der uns seitens des Schweizer Volkes zu Theil geworden, zu danken.“

Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Busch, hat sich, wie von dort gemeldet wird, heute zu dem Bundespräsidenten der Schweiz begeben, um demselben im Auftrage des Kaisers noch ganz speziell Dank für den sympathischen Empfang auszusprechen.

* [Förster und Ahlwardt.] Selbst Professor Förster hat nunmehr die Sache Ahlwardts verloren gegeben und sich von ihm förmlich losgesagt. In einer antisemitischen Versammlung in Berlin am Dienstag gab er zu, daß man mit Recht Ahlwardt einen Verleumder nenne. Ahlwardt habe sich mit seinen Anschuldigungen selbst hineingelegt, und die Antisemiten würden einen Fehler begehen, sich mit Ahlwardt solidarisch zu erklären. Ahlwardt sei aus dem Kampf mit recht bedenklichen Schmitten hervorgegangen. Förster war bekanntlich bisher einer der eifrigsten Genossen Ahlwardts und Nachbeter seiner Verdächtigungen.

* [Der verlorne Staatssekretär im Reichsjustizamt, Hanauer.] wurde Mittwoch Nachmittag vom Trauerhause, Voßstraße Nr. 5, aus nach dem katholischen St. Hedwigs-Kirchhof in der Liegnitzstraße zur letzten Ruhe bestattet. Unter den zahlreichen Trauergästen befand sich auch ein vom Kaiser überandter Kranz. Der Bundesrat, das gesammte Ministerium und das diplomatische Corps sandten sich zur Trauerfeier ein, am der Spitze der Reichskanzler Graf v. Caprivi; ihnen schlossen sich zahlreiche Abgeordnete beider Parlamente und viele andere Vertreter amtlicher Kreise an. Nachdem der durch königl. Opernsänger verstandene Kirchendorf von St. Hedwig die einleitende Trauergesänge ausgeführt hatte, erfolgte die Einführung der sterblichen Hülle durch den Probst und hierauf die Überführung nach dem Friedhof. Der Galanagen des Kaisers eröffnete die lange Reihe der Wagen.

* [Der Wahlaufkund der bayerischen Centrumpartei zu den Landtagswahlen] ist jetzt erschienen. Bekämpft wird die Vermehrung der Militärlasten, und das Festhalten an den bewährten Grundzügen des Militärfolzprozesses, sowie die Befreiung von Soldatenmishandlungen verlangt. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird gefordert der gesetzliche Schutz gegen die rücksichtlose Konkurrenz, gegen die Concentration des Kapitals, die Ausbreitung des Terminhandels und des Börsen- und Aktienwesens. Der Auftritt tritt ein für Schuhzölle und erblickt in der Sicherung des Gehalts des Bauernstandes die Hauptaufgabe des Landtages. Die Staatschulden sei notwendig befreit, billigerer Beschaffung des Realcredits und leichterer Creditgenügs an Genossenschaften, speziell Raiffeisen'sche Vereine. Die Arbeiterversicherungsfgefeß bedürfen einer vielfachen Änderung und einer durchgreifenden Vereinfachung für die Landwirtschaft. Das Programm hält fest an der Förderung einer staatlich geleiteten Mobil- und Viehversicherung, an dem Fortbestand des

* [Pocken.] Seit dem ersten Auftreten der Pocken in Danzig am 23. Dezember sind bis jetzt 17 Fälle von echten Menschenpocken im Städtizareth zur Behandlung gekommen. Von den Erkrankten sind 5 gestorben, 6 geheilt und 6 befinden sich gegenwärtig noch in Behandlung. Das Auftreten der Pocken geschah diesmal ähnlich wie 1872/73, wo sie einige Monate hindurch in verstreuteten Fällen und in verschiedenen Gassen auftraten. Da jedoch polizeilicher- und ärztlicherseits diesmal alle Mittel angewendet werden, durch sorgfältigste Desinfektionen der ganzen Wohnungsräume, Absonderung der Kranken &c. jeder Weiterverbreitung der Krankheit Einhalt zu thun, so steht zu hoffen, dass es zu Massenerkrankungen, wie es 1873 der Fall war, nicht kommen wird.

* [Nationalliberale Partei.] Unter dem Titel „Die nationalliberale Partei in Westpreußen“ veröffentlichte Rechtsanwalt Wagner-Graudenz, Vorsitzender des westpreußischen nationalliberalen Provinzial-Wahl-Comités, eine Übersicht über die politischen Verhältnisse der Provinz. Die Schrift geht auch auf die großen politischen Zeit- und Streitfragen näher ein, z. B. wird der Antisemitismus sowie die landwirtschaftliche Bewegung, die im Bunde der Landwirthe einen Ausdruck gefunden hat, näher beleuchtet.

* [Zur Sonntagsruhe.] Der Vorstand des deutschen Vereins von Gas- und Wasser-Fachmännern ist bezüglich der Sonntagsruhe in Gaswerken bei dem Bundesrat vorliegen geworden und hat denselben gebeten, die Entscheidung über die Sonntagsruhe in den Gasanstalten in dem Sinne treffen zu wollen, dass für alle Arbeiten, welche sich auf das Röhrenlegen, die Bauausführungen in den Anstalten oder außerhalb derselben beziehen, aber welche mit der eigentlichen Gasfabrikation nicht im Zusammenhang stehen, die Bestimmungen des § 105b mit den im § 105c der Gewerbe-Ordnung vorgegebenen Ausnahmen für dringende Notfälle, sowie daß für die in das Gebiet des Handelsgewerbes fallende Thätigkeit in den Gasanstalten ebenfalls die Bestimmungen des § 105b in vollem Umfang in Kraft treten, daß ferner für die mit der eigentlichen Gasfabrikation zusammenhängenden Arbeiten die Gasanstalten unter die Bestimmungen der §§ 105d und 105e der Gewerbeordnung fallen, und daß endlich für dieselben ein ununterbrochener Vollbetrieb gestattet werde, und zwar unter der Bedingung, daß die Ruhezeit für jeden Arbeiter an jedem zweiten Sonnabend mindestens 18 Stunden beträgt.

* [Predigerstelle.] Zu der erledigten Stelle des Diakons an St. Marien hier selbst haben sich, wie uns mitgetheilt wird, bis jetzt bereits ca. 30 Bewerber gemeldet.

* [Kirchen-Collecten.] Der Ober-Kirchenrat hat genehmigt, daß auch am diesjährigen Himmelfahrtsfest bei allen Gottesdiensten in den evangelischen Kirchen der Provinz Westpreußen eine Collecte für den Gustav-Adolf-Verein abgehalten werde. Die Collecte ist nach einer Verordnung des hiesigen Consistoriums unter Hinweis auf die segensvolle Wirksamkeit des Gustav-Adolf-Vereins gerade in unserer Provinz den Gemeinden das wärme zu empfehlen. Am zweiten Pfingstsonntag soll ferner in allen evangelischen Kirchen eine Collecte für die Heldenmission abgehalten werden.

* [Hilfskasse.] Nach dem heute ausgegebenen Abschluß der Hilfskasse für Beamte der Synagogen-Gemeinden und deren Witwen und Waisen in Pommern, Ost- und Westpreußen pro 1892 ist der Kassenbestand von 9141 Mk. auf 9707 Mk. gewachsen. Drei Witwen erhielten an Beihilfen 675 Mk. Die Kasse zählt 47 Mitglieder, die jährlich 1045 Mk. Beiträge aufbringen. Der Sitz der Kasse ist Danzig. Vorsitzender derselben ist Herr Rechtsanwalt Dr. Meyer, Schatzmeister Herr Perls und Schriftführer Herr B. Schreiber.

* [Einbruch.] Als gestern Abend Herr Rechnungs-rath Golt, seiner Gewohnheit gemäß, noch einmal die Geschäftsräume des königl. Kreiskasse in dem Hause Jopengasse 33 revidierte, bemerkte er, daß die Thür zum unteren Geschäftszimmer durch einen Nachschlüssel geöffnet und die Schublade eines in diesem Raum befindlichen Tisches, in welcher allerdings nur Bindfaden und andere werthlose Sachen aufbewahrt werden, gewaltsam zu öffnen versucht worden war. Zweifellos hatte der Dieb Mr. Golt die Treppe herunterhören hören und sich schmeichelnd entfernt, so daß seine Ergreifung nicht mehr möglich war.

[Polizeibericht vom 4. Mai.] Verhaftet: 14 Personen, darunter 1 Mädchen, 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 2 Odbachlose. Gestohlen: 1 schwärmer Ueberreiter, 1 grünes Aeid. Gefunden: 1 Aufzugs-karte, 1 Taschentuch, abzuholen im Fundbüro der königl. Polizei-Direction. Verloren: 1 Granatbombe in Sternform, abzugeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

Schönbeck, 2. Mai. Das der Fürstin v. Orlinskaja bis dahin gehörige Rittergut Janin ist an 15 Besitzer häuflich übergegangen. Der Kauf war auch infolge eines günstigeren als den Käufern das ausgeführte Getreide unentgeltlich überlassen wurde. 10 der neuen Besitzer beabsichtigen noch in diesem Sommer Gebäude auszuführen; eine Schule, Gastwirtschaft, verbunden mit Bäckerei, sollen ebenfalls eingerichtet werden. (G. J.)

o Berent, 3. Mai. Die Wiederwahl des Herrn Justizialts Neubauer hier selbst zum Magistratsmitglied hat die Bestätigung des Herrn Regierungs-Präsidenten erhalten. — Die königl. Regierung zu Danzig hat den von den hiesigen städtischen Hördern beschlossenen Plan wegen anderweitiger Feststellung der Gehälter der hiesigen Volkschullehrer genehmigt und der Stadt in Anerkennung ihrer zeitigen Leistungs-unfähigkeit und mit Vorbehalt des Widerrufs den durch diese Gehalts-Regulierung erforderlich werdenden Mehrbedarf an Geldmitteln von 2400 Mk. jährlich als Staatszuschuß zu gewähren beschlossen, und zwar vom 1. April cr. ab, mit welchem Tage die neue Geschäftsordnung in Kraft tritt. — Der gestern und vorgestern niedergegangene Regen bei Westwind hat die Fluren sichtbar erquickt. Sowohl die Roggenfelder wie auch die mit Jungklee bestandenen Felder zeigen ein saftiges Grün. Tritt jetzt warmer Wetter ein, dann kann bei der Winterung der durch die Witterungsverhältnisse der verflossenen Wochen entstandene Nachtheit noch ganz gut sich ausgleichen. Die Frühjahrsbestellung ist jetzt in vollem Gange und geht bei günstigem Wetter gut von statten.

F. Petrin, 3. Mai. Heute begann hier in der bischöflichen Amtszeit das jurisdicitive Examen für junge Geistliche. Zu demselben haben sich 30 gemeldet. Von diesen wurde die Hälfte heute examiniert. Die andere Hälfte legt das Examen nach zwei Wochen ab. — Heute kehrte Herr Bischof Dr. Redner von seiner zweiten diesjährigen Kirchenvisitation zurück. — Gestern Nachmittag brachte man zu dem hiesigen St. Josef-Krankenhaus den Herrn St. aus Molenthal, der bereits im Sterben lag. Es kommt häufig vor, daß dem hiesigen Krankenhaus Leute, die bereits im Sterben liegen, übergeben werden. Das Ueberführen solcher Kranken beschleunigt gewöhnlich den Tod. Falls ein Krank in der Anstalt Befreiung finden sollte, so wäre es ratsam, dieselben dem Institute im Beginn der Krankheit zuzuführen.

Elbing, 3. Mai. Der hiesige Innungs-Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, beim Cura-torium der staatlichen Fortbildungsschule dahin vorstellig zu werden, daß Gesellen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, von Besuchen der Fortbildungsschule entbunden werden mögen. — In der Rogatiedauer sind in der letzten Zeit Versuche gemacht worden, in der Viehzucht Schweizer zu beschäftigen, und es sind diese Versuche recht gut ausgefallen. Die Schweizer sind in der Regel sehr arbeitsam

und verstehen die Viehzuchtung wie das Melken, Füttern &c. bedeutend besser als die einheimischen Mägde und Knechte. Trotzdem wird sich der Verlust in größerem Maßstabe wohl nicht einbürgern, da die Schweizer gewöhnlich nicht lange in unserer Niederung weilen. Das Heimweh treibt sie meistens bald wieder ihren Bergen zu.

Nienburg, 3. Mai. Die Erzählung, wonach ein kürzlich hier gestorbener Kürassier das Opfer einer Schnapswette gemordet sei, hat sich durch die eingeleitete Untersuchung nicht bestätigt. Der Kürassier hatte sich allerdings am 25. April sinnlos betrunken, die Section hat aber als Todesursache ergeben, daß dem Verstorbenen Speisereste in die Lufttröhre gelangt waren und den Erstickungstod herbeigeführt haben.

s. Aus dem Kreise Schwk., 3. Mai. Der Lehrer Grams in Schönsee (Kr. Rumm). Wanderlehrer des Gauvereins für Bienenzucht zu Marienburg, ist vom Vorsitzenden des Gauvereins Danzig beauftragt, in diesem Jahre auch im Kreise Schwk. Inspektionsreisen zu unternehmen. — Auf Kosten des Kreisausschusses Schwk. ist ein Desinfektionsapparat angegeschafft worden, der den Kreiseingefessenen kostenlos überlassen wird.

p. Aus dem Kreise Aulm, 3. Mai. Das 2 Kilom. von Aulm entfernte Rittergut Gr. Usze, den v. Hülfenschen Erben gehörig, wird von der königl. General-Commission in Rentengüter von 10 bis 120 Morgen umgewandelt werden. — Heute entlud sich über unserer Gegend ein ziemlich starkes Hagelwetter. Die Eisstücke waren gröber als Eibchen. — Die seit einigen Jahren geführten Verhandlungen wegen Baues einer evangelischen Kirche zu Lissewo haben noch immer zu keinem endgültigen Resultat geführt. Herr Pfarrer Speciorius, der früher auf dem Gute Kruschin wohnte, hat jetzt seinen Wohnsitz in Lissewo.

* Dem Majoratsbesitzer, Rittmeister a. D. und Kammerherrn Grafen v. Alvensleben auf Alvensleben (Kreis Pr. Eylau) ist das Comthurkreuz des großherzoglich sächsischen Hauses der Wachsamkeit oder vom weißen Falken verliehen worden.

* Der Seminar-Hilfslehrer Witt vom Lehrerseminar in Marienburg ist als ordentlicher Seminar-Lehrer an das Lehrerseminar in Delitzsch (Provinz Sachsen) versetzt worden.

K. Thorn, 3. Mai. Die hiesige Handelshammer hat sich gegen die Aufhebung des Staffeltarifs für Getreide und Mühlenfabrikate ausgesprochen und in einer Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten ihre Wünsche dargelegt.

K. Thorn, 3. Mai. Der 80 Jahre alte Arbeiter Friedrich Adam ist heute Mittag durch Unglücksfall ums Leben gekommen. Das Pferd eines einfältigen Fuhrwerks kam zu Fall und um das Thier wieder auf die Beine zu bringen, holte der Aufsitzer den genannten alten Mann, damit derselbe ihm dabei behilflich sei. Das Pferd kam beim Aufstehen mit einem Hinterbein zwischen die Gabelscheide und bemühte sich nun, seinen Fuß zu befreien, wobei es den in unmittelbarer Nähe stehenden Greis traf, zu Boden warf und durch Hufschläge so schwer verletzte, daß er nach 2 Stunden starb.

K. Thorn, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der hiesigen Kirchenvertretung wurde die Einführung einer Kirchensteuer vom 1. Juli d. J. ab beschlossen, und zwar sollen 4 Proc. des Betrages der Staatszukommensteuer erhoben werden. Dagegen findet alsdann ein Vermietnehmer von Sitzplätzen in der Kirche, was bei den Gottesdiensten namentlich während der großen Feiertage oft unliebsame Störungen &c. veranlaßt hat, nicht mehr statt. — Das General-Commando des 2. Armeecorps sucht für die diesjährige Herbstübung Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die des Radfahrens kundig sind, zur 14- bis 20-tägigen Übung für den Ordonnaudienst; für Benutzung des Rades werden 25 Mk. bewilligt. Diese Übung gilt als wirkliche Übung mit der Waffe.

Möhrungen, 3. Mai. Heute wurde das Geburts-haus Herders, das, wie wir mittheilten, von einem Urenkel des Dichters, Herrn Gottfried v. Herder zu Nieder-Torhöthem, angekauft worden ist, nach gründlicher Wiederherstellung eingeweiht und an den Kreis-ausschuss durch den Regierungs-Präsidenten feierlich übergeben. Zu der Wiederherstellung des seit Jahren äußerst baufälligen Hauses ist die von Verehrern Herders seiner Zeit zusammengebrachte Summe (3382 Mark) verwendet worden. Das Haus, das, wie es mehrere Jahre den Anschein hatte, dem Untergange geweiht war, ist jetzt für alle Zeiten gesichert und der dankbaren Verehrung zugänglich gemacht.

W. Wormsdorf, 3. Mai. Der Zug, welcher am 1. Mai Mittags um 12 Uhr von Gutstadt eintreffen sollte, kam mit über drei Stunden Verspätung hier an, weil derselbe auf Station Göttendorf entgleist war, wodurch eine längere Störung im Verkehr herbeigeführt wurde.

Landwirtschaftliches.

* Aus Ostpreußen, 3. Mai. Die ostpreußische Pferdezucht hat auch in dem verflossenen Jahre einen bedeutenden Aufschwung erfahren, weist doch die letzte Viehzählung für den Regierungsbezirk Gumbinnen die höchste Vermehrungsziffer für Pferde auf, und waren die Landgestüte kaum im Stande, den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen. Das Bestreben der Jüchter war bis jetzt darauf gerichtet, die Pferde als Füllen oder Remonten abzusehen, und nur sehr geringe Aufmerksamkeit widmete man der Dressur der Wagen- und Reitspferde. Der Absatz an Füllen und Remonten ist jedoch während der letzten Jahre auch nicht annähernd in dem Umfang gestiegen wie die Production, und der Handel mit volljährigen, zum Gebrauch fertigen Pferden ist sehr unbedeutend gewesen; ja, die Abnehmer klagen sogar allgemein, daß es schwer sei, in dem größten Zuchtbereich Deutschlands volljährige Gebrauchspferde zu kaufen. Damit nun die Geschmacksrichtung in Bezug auf Luxuspferde der bisherigen Zuchtrichtung nicht ganz entfremdet werde, sehen es die Pferdezüchter als eine Nothwendigkeit an, dem Handel mit volljährigen Pferden mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es wird deshalb nach den neuen Prämierungsbedingungen ein Hauptgewicht auf die Prämierung von Pferden zur Förderung der Dressur von Gebrauchspferden und zur Förderung und Prüfung der Leistungsfähigkeit gelegt werden. Die erste dieser Dressur- und Leistungsprüfungen findet in diesem Jahre im Juli in Insterburg statt. Wenn man auch von denselben anfangs nur mögliche Erfolge erwartet, hofft man doch bei planmäßiger und sachgemäßer Fortsetzung derselben die gewünschten Resultate zu erzielen, den Handel mit Gebrauchspferden zu heben und zu fördern und die Zucht lohnender zu gestalten. Für die erste Prüfung sind 24 Geldpreise im Betrage von 4375 Mk. und 9 Ehrenpreise ausgeschafft worden.

* [Die 19. Berliner Mastviehausstellung] ist am Mittwoch (3. Mai) in den reich geschmückten Hallen des Centralviehhofs eröffnet worden. Die Schau stellt gegen die der Vorjahre einen entschiedenen Fortschritt dar; lebhafte Belebtheit und ein größeres Eingehen auf die Bedürfnisse eines ebenso großen wie vervölkneten Marktes charakterisieren die Ausstellung, die insgesamt von 119 Züchtern und Mästern mit 516 Kindern, 180 Schafen und 196 Schweinen, zusammen also mit 892 Thieren, gegen 697 im Vorjahr, besichtigt ist. Der Minister für Landwirtschaft besuchte die Ausstellung schon am Vormittag.

Literarisches.

Die „Deutsche Rundschau“ verdankt ihren nachhaltigen Erfolg wohl speciell dem Umstände, daß in ihr zum ersten Male die Elite der deutschen schönen Literatur mit der Elite der deutschen Wissenschaft zu gemeinsamer Arbeit sich verband. Daburch ist sie zu einer anerkannten Institution des geistigen Lebens in Deutschland geworden. — Von ausgewählter Mannigfaltigkeit ist auch diesmal wieder der Inhalt des Maihefts, den wir nachstehend folgen lassen: „Glaubenslos“, Erzählung von Marie v. Ebner-Eschenbach. — „Chicago“. Von Ed. Reyer. — „Aus meinem Leben“. Von Eduard Hanslick. — Intermezzo. Altenburg 1850 bis 1852. — „Friedrich Nietzsches Weltanschauung und ihre Gefahren“. Von Ludwig Stein in Bern. — „Eine Frühlingsfahrt nach Malta“. Mit Ausflügen in Sicilien. Von Julius Rodenberg. II. Malta. — „Eine Lüge der Liebe“. Von Salvatore Farina. — „Wirtschafts- und finanzpolitische Rundschau“. — „Politische Rundschau“. — „Literarische Notizen“ und „Literarische Neugkeiten“.

s. Aus dem Kreise Schwk., 3. Mai. Der Lehrer Grams in Schönsee (Kr. Rumm). Wanderlehrer des Gauvereins für Bienenzucht zu Marienburg, ist vom Vorsitzenden des Gauvereins Danzig beauftragt, in diesem Jahre auch im Kreise Schwk. Inspektionsreisen zu unternehmen. — Auf Kosten des Kreisausschusses Schwk. ist ein Desinfektionsapparat angegeschafft worden, der den Kreiseingefessenen kostenlos überlassen wird.

p. Aus dem Kreise Aulm, 3. Mai. Das 2 Kilom.

von Aulm entfernte Rittergut Gr. Usze, den v. Hülfenschen Erben gehörig, wird von der königl. General-Commission in Rentengüter von 10 bis 120 Morgen umgewandelt werden. — Heute entlud sich über unserer Gegend ein ziemlich starkes Hagelwetter. Die Eisstücke waren gröber als Eibchen. — Die seit einigen Jahren geführten Verhandlungen wegen Baues einer evangelischen Kirche zu Lissewo haben noch immer zu keinem endgültigen Resultat geführt. Herr Pfarrer Speciorius, der früher auf dem Gute Kruschin wohnte, hat jetzt seinen Wohnsitz in Lissewo.

* Dem Majoratsbesitzer, Rittmeister a. D. und Kammerherrn Grafen v. Alvensleben auf Alvensleben (Kreis Pr. Eylau) ist das Comthurkreuz des großherzoglich sächsischen Hauses der Wachsamkeit oder vom weißen Falken verliehen worden.

* Der Seminar-Hilfslehrer Witt vom Lehrerseminar in Marienburg ist als ordentlicher Seminar-Lehrer an das Lehrerseminar in Delitzsch (Provinz Sachsen) versetzt worden.

K. Thorn, 3. Mai. Die hiesige Handelshammer hat sich gegen die Aufhebung des Staffeltarifs für Getreide und Mühlenfabrikate ausgesprochen und in einer Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten ihre Wünsche dargelegt.

K. Thorn, 3. Mai. Der 80 Jahre alte Arbeiter Friedrich Adam ist heute Mittag durch Unglücksfall ums Leben gekommen. Das Pferd eines einfältigen Fuhrwerks kam zu Fall und um das Thier wieder auf die Beine zu bringen, holte der Aufsitzer den genannten alten Mann, damit derselbe ihm dabei behilflich sei. Das Pferd kam beim Aufstehen mit einem Hinterbein zwischen die Gabelscheide und bemühte sich nun, seinen Fuß zu befreien, wobei es den in unmittelbarer Nähe stehenden Greis traf, zu Boden warf und durch Hufschläge so schwer verletzte, daß er nach 2 Stunden starb.

K. Thorn, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der hiesigen Kirchenvertretung wurde die Einführung einer Kirchensteuer vom 1. Juli d. J. ab beschlossen, und zwar sollen 4 Proc. des Betrages der Staatszukommensteuer erhoben werden. Dagegen findet alsdann ein Vermietnehmer von Sitzplätzen in der Kirche, was bei den Gottesdiensten namentlich während der großen Feiertage oft unliebsame Störungen &c. veranlaßt hat, nicht mehr statt. — Das General-Commando des 2. Armeecorps sucht für die diesjährige Herbstübung Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die des Radfahrens kundig sind, zur 14- bis 20-tägigen Übung für den Ordonnaudienst; für Benutzung des Rades werden 25 Mk. bewilligt. Diese Übung gilt als wirkliche Übung mit der Waffe.

K. Thorn, 3. Mai. Der 80 Jahre alte Arbeiter Friedrich Adam ist heute Mittag durch Unglücksfall ums Leben gekommen. Das Pferd eines einfältigen Fuhrwerks kam zu Fall und um das Thier wieder auf die Beine zu bringen, holte der Aufsitzer den genannten alten Mann, damit derselbe ihm dabei behilflich sei. Das Pferd kam beim Aufstehen mit einem Hinterbein zwischen die Gabelscheide und bemühte sich nun, seinen Fuß zu befreien, wobei es den in unmittelbarer Nähe stehenden Greis traf, zu Boden warf und durch Hufschläge so schwer verletzte, daß er nach 2 Stunden starb.

K. Thorn, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der hiesigen Kirchenvertretung wurde die Einführung einer Kirchensteuer vom 1. Juli d. J. ab beschlossen, und zwar sollen 4 Proc. des Betrages der Staatszukommensteuer erhoben werden. Dagegen findet alsdann ein Vermietnehmer von Sitzplätzen in der Kirche, was bei den Gottesdiensten namentlich während der großen Feiertage oft unliebsame Störungen &c. veranlaßt hat, nicht mehr statt. — Das General-Commando des 2. Armeecorps sucht für die diesjährige Herbstübung Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die des Radfahrens kundig sind, zur 14- bis 20-tägigen Übung für den Ordonnaudienst; für Benutzung des Rades werden 25 Mk. bewilligt. Diese Übung gilt als wirkliche Übung mit der Waffe.

K. Thorn, 3. Mai. Der 80 Jahre alte Arbeiter Friedrich Adam ist heute Mittag durch Unglücksfall ums Leben gekommen. Das Pferd eines einfältigen Fuhrwerks kam zu Fall und um das Thier wieder auf die Beine zu bringen, holte der Aufsitzer den genannten alten Mann, damit derselbe ihm dabei behilflich sei. Das Pferd kam beim Aufstehen mit einem Hinterbein zwischen die Gabelscheide und bemühte sich nun, seinen Fuß zu befreien, wobei es den in unmittelbarer Nähe stehenden Greis traf, zu Boden warf und durch Hufschläge so schwer verletzte, daß er nach 2 Stunden starb.

K. Thorn, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der hiesigen Kirchenvertretung wurde die Einführung einer Kirchensteuer vom 1. Juli d. J. ab beschlossen, und zwar sollen 4 Proc. des Betrages der Staatszukommensteuer erhoben werden. Dagegen findet alsdann ein Vermietnehmer von Sitzplätzen in der Kirche, was bei den Gottesdiensten namentlich während der großen Feiertage oft unliebsame Störungen &c. veranlaßt hat, nicht mehr statt. — Das General-Commando des 2. Armeecorps sucht für die diesjährige Herbstübung Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die des Radfahrens kundig sind, zur 14- bis 20-tägigen Übung für den Ordonnaudienst; für Benutzung des Rades werden 25 Mk. bewilligt. Diese Übung gilt als wirkliche Übung mit der Waffe.

K. Thorn, 3. Mai. Der 80 Jahre alte Arbeiter Friedrich Adam ist heute Mittag durch Unglücksfall ums Leben gekommen. Das Pferd eines einfältigen Fuhrwerks kam zu Fall und um das Thier wieder auf die Beine zu bringen, holte der Aufsitzer den genannten alten Mann, damit derselbe ihm dabei behilflich sei. Das Pferd kam beim Aufstehen mit

Die heute Morgen erfolgte glückliche Geburt eines gesunden Söchters seines ergebenen an Danzig, den 4. Mai 1893
C. Kahan und Frau Emma, geb. Kahlban.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit Herrn Alfred Stator in Danzig beschreben wir uns hiermit ergeben anzuzeigen. Göttingen, im Mai 1893.

D. Jade und Frau Lina, geb. Conti.

Martha Jade, Alfred Stator, Verlobte.

Göttingen. Danzig.

Heute früh 9 Uhr entstieß sonst H. nach kurzem Leiden unter Liebe, gute Tante Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin

Auguste Lepschinski,

geb. Dros.

Dieses zeigen sehr betrübt an

Danzig, den 3. Mai 1893.

Die trauernden hinterbliebenen.

Heute Nacht 1½ Uhr starb

meine liebe Schwester

Elisabeth Lenstedt,

welches ich hiermit tief betrübt anzeigen.

Berlin, den 2. Mai 1893.

Margarethe Lenstedt.

Neue Synagoge.

Gottesdienst.

Freitag, den 5. Mai, Abends

7 Uhr.

Sonnabend, den 6. Mai,

Vorm. 9 Uhr.

An den Wochentagen: Abends

7 Uhr, Morgens 6½ Uhr. (928)

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der See-

unfälle, welche das Schiff

"Morsoe", Capt. Lind, auf der

Reise von Hamburg über Ropen-

hagen nach Danzig ertritten hat,

haben wir einen Termin auf

den 5. Mai cr.,

Vorm. 9 Uhr,

in unfern Geschäftskafe Langen-

markt 43, anberaumt. (924)

Danzig, den 4. Mai 1893.

Königliches Amtsgericht X.

S.S. "Morsoe",

von Hamburg u. Copenhagen,

mit Umladegütern ex Anglo-

Dan. lädt am Bachof. (891)

F. G. Reinhold.

S.S. "Viking",

Capt. Hoslund,

fällig von Rouen via Stettin mit

Gütergütern ist morgen lädt in

Neufahrwasser.

Wilh. Ganswindt.

Dampfer "Montwy"

Capt. Uim,

lädt Güter nach Schwed. Culm,

Bromberg, Montwy, Thorn in

der Stadt und Neufahrwasser.

Güteranmeldungen erbittet

Ferdinand Krahn,

Schäferei Nr. 15. (910)

Dr. of Dental Sur-

gery Leman,

Atelier für künstl.

Jähne, Blomen,

schmerzl. Zahnerationen.

Langgasse 83. H. Haus vom

Langgasser Thor.

Sprechst. v. 9-6 Uhr.

Schön- &

Schnellschrift-

Unterrichtertheit Herren u. Damen

unter Garantie des Erfolges

A. Graeske,

Kaufhof 3. II. Stoppeln.

Frische

Messina-Apfelzinen

empfiehlt und empfiehlt

Albert Gross,

Hl. Seiffestrasse 29. (894)

Körpfsproppen

in allen Dimensionen offeriert

Emil Hempf,

Brotbänkengasse 47.

Thee's

individuell abgepackt ausgewogen

ausgefüllt feine Qualitäten,

pro ¼ von 3 M. an.

Theegrus,

Bruchtheile der besten Theesorten

pro ¼ 1.60 und 2 M.

Cacaopulver,

ausgewogen, holländ. u. deutsche

Fabrikate, vortheilhafter als in

Büchsen, p. ¼ 2 M. und 2.40 M.

empfiehlt

Max Lindenblatt,

Seitige Seiffestrasse 131.

Vorläufige

Speise-Kartoffeln

empfiehlt

Johannes Krupka,

Neufahrwasser.

Junger Mann wünscht Unterricht

in voln. Sprache zu nehmen,

Offereten unter Nr. 413 in der

Ered. dieser Jtg. erbelten.

Ein Fuhrhaltereigeschäft billig

zu verkaufen gesucht.

Offereten unter Nr. 806 in der

Ered. dieser Jtg. erbelten.

In einem Versicherungs-Büreau

in Danzig findet ein Herr mit

guter Handchrift, schnell und fest

im einfachen Reden, gegen

Diäten Beschäftigung. Meldungen

mit Angabe von Alter und Vor-

bildung an G. L. Daube u. Co.

673 in Danzig.

Druck und Verlag

von A. W. Kastemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Für Einsegungen

soeben eingetroffen:



Nur feinstes Fabrikat! Große Auswahl ganz neu! reizender Porzellan-Vasen, Jardinière, Ampeln

für langstielige Blumenfüllungen, welche stets in reichem Maße vorrätig habe.

Blühende Topfpflanzen, Rosentöpfe, Myrthentöpfe etc.,

für Einsegungen besonders geeignet.

Arrangements jeder Art in bekannt schöner Ausführung.

Specialität:

Braut-Bouquets, Myrthenkränze.

Kränze von Waldmosaik und Coniferen etc.

als haltbarer Gräberschmuck sehr zu empfehlen.

Bestellungen von auswärts genügt p. Drath: "Blumenraabe Danzig." Garantiert gute Verpackung u. frisches Ankommen.

Blumen- und Pflanzenhandlung von

Fr. Raabe Nachfl. (J. Brüggemann)

Langenmarkt Nr. 1.

Fernsprecher Nr. 120 und direkte Verbindung mit der Gärtnerei Langfuhr.

Dampfer "Diana",

Capt. W. Hammje,

von Bremen mit Gütern eingetroffen, löst am Bachof.

Aug. Wolff & Co. 899

Dampfer-Expedition

von:

Dampfer Apollo, 13. Mai,

Rhea, prompt,

Minerva, 12. Mai.

nach:

Bremen u. Brake: Dampfer Diana, prompt,

Gauss, 10. Mai,

Apollo, 20. Mai,

Rheinhäfen direct ohne Umladung

Cronstadt und St. Petersburg:

Luna, 8. Mai,

Italia, prompt.

Aug. Wolff & Co.

Große Auction mit herrschaftlichem Mobilier hintergasse 16 im großen Saale des Bildungsvereins-hauses.

Freitag, den 5. Mai, Vormittags 10 Uhr, werbe ich im Auf-

trage für Rechnung wen es angeht folgendes herrschaftliches

Mobilier:

1. Pianino, x saittig, 1 eleg. ruhig. Büffet, 1 Garnitur (massiv

ruhig. Gestelle) in rothbraunem Seidenplüsch, 1 Garnitur (Sacon

Schränkel), 1 Garnitur (Facon Marta) in gewebtem Plüscher

2 elegante ruhig. Trumeau-Spiegel mit Stufe, 1 Trumeauspiegel

in Goldrahmen, 24 echt ruhig. hochlehn. Rohrschlüsse, 2 eleg. ruhig.

Vertikals. 1 ruhig. Salontisch auf Kreuzfuß, 2 große Salontische

ruhig. herrenrechtlich, 1 do. Damenrechtlich, 6 hochlehn. Rupferliche, 2 ruhig. 2 mahag. Kleiderkästen,

2 Steilerippe mit Spiegelkästen, 1 ruhig. 2 Pariser

Paraderippe mit Rohhaarstrahlen und Reihen, 2 mah.

2 ruhig. Bettgestelle mit Matratzen, 3 Sophistische, 1 hodeleg.

Schlaflohe, 26. Stühle in mah. und ruhig. 1 ruhig. Schreib-

kommode (antik), mit Beischlägen, 1 do. Kommode, 1 Chaiselongue,

2 Sophas in Plüscher, hochseine Daunenbetten, 2 Sophasplüsch. Del-

bilder, 2 Kleiderständer mit Schirmständer, 6 ruhig. Walzenstühle,

1 Serviettisch, 1 Panellophora, Brokatplüsch, 1 Roten-Clagere,

Leppiche, 12 Wiener Stühle, 1 Speisezettel, 1 Speisetafel

(4 Einl.), 2 fast neue Gagelgewehre (Centralfeuer), 1 Wagnitid,

Nachtische mit Marmorplatten, 1 Rückenglasschrank, 1 Roten-

Schränken, sehr viel Gold- und Silbersachen, Porzellan pp.,

2 mahag. Wäscheschränke, 1 mahag. Garderobenschrank, 1 Regulator

und verschiedene andere Sachen öffentlich versteig

Beilage zu Nr. 20109 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 4. Mai 1893.

Reichstag.

88. Sitzung vom 3. Mai. 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Boetticher, v. Altenborn, Stachau, Hollmann, v. d. Planitz, v. Malzahn, Ritter vom Haag, Grafshohenthal, Schöf v. Schottenstein, v. Lerchenfeld.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Die Friedenspräsenzstärke sollte demnach vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 492068 Mann festgestellt werden; für dieselbe Zeitdauer sollte die zweijährige Dienstzeit für Fußtruppen eingeführt werden. Die Zahl der Unteroffiziere soll ebenso wie die Zahl der Offiziere alljährlich durch den Stat festgestellt werden. Vom 1. Oktober 1893 sollte die Infanterie in 711 Bataillone, die Cavallerie in 477 Escadrons, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Füsiliertruppe in 37 Bataillone, die Pioniere in 24 Bataillone, die Eisenbahentruppen in 7 Bataillone und der Train in 21 Bataillone formirt werden.

Die Commission hat die Vorlage abgelehnt.

Heute liegen folgende Anträge vor:

1) Die Abg. Althaus (freis.) und Genossen beantragen, die Friedenspräsenzstärke wie bisher aus 486 983 Mann festzustellen, aber die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen unter Aenderung des Art. 59 der Verfassung einzuführen.

2) Die Abg. v. Huene (Centr.) beantragt, die Friedenspräsenz 479 229 Mann festzustellen und vom 1. Oktober 1893 folgende Formationen bestehen zu lassen: Infanterie 538 Bataillone und 173 Halbbataillone, Cavallerie 465 Escadrons, Feldartillerie 494 Batterien, Füsiliertruppe 37 Bataillone, Pioniere 24 Bataillone, Eisenbahentruppen 7 Bataillone und Train 21 Bataillone. Nach der Erläuterung bedeutet der Antrag gegenüber der Regierungsvorlage eine Herabminderung der Präsenz um rund 13 800 Mann einschließlich 1095 Unteroffiziere; darunter befindet sich eine Herabminderung der Dehomiehandwerker um 2300 Mann. Ferner findet durch Richtstellung von rund 11 000 Gemeinen für Unteroffiziersmanquements für die ersten Jahre eine entsprechende Herabminderung statt, welche frühestens im Laufe von fünf Jahren nach und nach verschwinden wird. Die Minderheiten werden auf 9 Millionen Mk. geschätzt, für das erste Jahr außerdem noch 4 Millionen Mk.

3) Ein Antrag des Abg. Graf Preussing will die Friedenspräsenzstärke auf 420 031 Mann feststellen. Der Referent Abg. Gröber (Centr.) berichtet über die Commissionsverhandlungen und schließt seine Ausführungen, die sonst nur Bekanntes enthalten, mit folgenden Worten: Wenn unsere Nachbarn im Westen und Osten hoffen sollten, aus dem Zwiespalt der Parteien in dieser Frage für sich Vortheil zu ziehen, so ist diese Hoffnung gänzlich eitel. Das Ausland wird das deutsche Volk stets geeinigt finden, wo es sich darum handelt, das Vaterland zu vertheidigen. (Beifall.) Es handelt sich nur darum, ob man das Vaterland besser schützt durch mehr Soldaten und Mehrformationen oder dadurch, daß man die natürlichen Kräfte des Volkes schützt und dadurch den Krieg am besten vorbereitet. (Beifall.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Von allen einzelnen Fragen der Militärvorlage hat keine einen so breiten Raum eingenommen, wie die zweijährige Dienstzeit. Die Anhänger derselben erkannten die zweijährige Dienstzeit an, waren aber nicht geneigt, die Consequenzen zu ziehen, unter denen allein die verbündeten Regierungen dieselbe bewilligen könnten. Die Conservativen aber hielten traditionell an der dreijährigen Dienstzeit fest. Ich kann es den Conservativen nicht genug danken, daß sie treu der Regierung zur Seite standen und ihre einseitigen Interessen unterdrückt haben. (Bravo! rechts. Lachen links.) Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß die Wehrkraft, so wie sie jetzt liegt, nicht ausreicht. Man entgegnet uns, sie reicht wohl aus, man stellt Berechnungen allerlei Art an. Diese Methode kann keinen, oder wenigstens nicht den Erfolg haben, die verbündeten Regierungen zu überzeugen. Es ist überhaupt nicht möglich, durch irgendwelche Art von Beispiel festzustellen, was dazu gehört zu siegen. Man wird eben nicht umhin können, der Meinung Verjenigen, deren Beruf es ist, sich mit militärischen Dingen zu beschäftigen, ein höheres Gewicht beizulegen, als Laien, die sich nur hin und wieder damit beschäftigen. Man hat durchdrücken lassen, daß wir keine Roon und Moltke sind. Als Roon und Moltke ihre Kriegsaufbauten betraten, hatte der Erste nur den babilischen Feldzug, der Letzte nur eine Schlacht in Kleinasien hinter sich. Die jüngsten Führer, welche berufen sind, ihre Kraft und Reputation im Falle eines Krieges einzusehen, können doch auf andere Kriegserfahrungen zurückblicken. Man muß ihnen vertrauen, wenn sie sagen, die jetzige Heeresstärke Deutschlands reicht nicht aus. Kein einziger Generalstabsoffizier, welcher mit der Vorbereitung der Vertheidigung des Vaterlandes betraut ist, ist der Meinung, daß die jetzige Heeresstärke ausreicht. Die verbündeten Regierungen sind wie früher der Meinung, daß es sich um die Zukunft, die Existenz Deutschlands handelt. (Unruhe links.) Wir würden uns an Deutschland auf das schwerste verständigen, wenn wir nicht, dem Rathe der Offiziere folgend, diese Vorlage durchzubringen suchen. Wir werden alle uns zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln anwenden, um diese Verstärkung der Armee herbeizuführen. (Zustimmung rechts.) Wir wollen dadurch den Frieden erhalten. Mein Herr Amtsvoränger hat so wie ich die Überzeugung gehabt, daß die Armeen verstärkt werden müsse. Ich nehme an, es ist niemand in diesem Hause, der den Fürsten Bismarck nicht für eine diplomatische Autorität hält, wie sie in Jahrhunderten nur selten vorkommt. Es können aber nicht immer Diplomaten ersten Ranges an der Spitze der Geschäfte stehen. Selbst Friedrichs des Großen diplomatisches Talent ist es nicht gelungen, zu Zeiten des Kriegs zu vermeiden. Werden wir zum Kriege gebracht, so wollen wir stecken, wir wollen nicht unterliegen; wir wollen die Herren des Schlachtfeldes bleiben. Unter den europäischen Mächten herrscht eine gewisse internationale Konkurrenz in Bezug auf die Heeresstärke. Keine Macht kann sich dem entziehen, keine Macht kann abrufen, wenn man nicht den Grund der Rüstung befestigt; sonst müßte man sofort wieder von neuem rüsten. Keine Macht kann hinter der Kriegsstärke anderer zurückbleiben. Keine Macht kann dulden, daß die anderen in der Rüstung vorschreiten; denn jedes Stehenbleiben ist ein Zurückgehen auf diesem Gebiete. Es kann auch niemand eine Garantie dafür übernehmen, daß man mit einer gemessenen Truppenzahl nicht geplagt wird. Man sagt, wir haben nicht allein Vertrauen zur Armee, sondern das ganze deutsche Volk fürchtet nur Gott. Schön! Wundervoll! Aber man kann so furchtlos ins Gefecht gehen wie der größte Held der Welt, allein man hat keine Garantie, daß man nicht geschlagen wird, wenn die Waffen und Mannschaften nicht ausreichen. Wie Graf Moltke über die Stärke im Kriege dachte, ist aus seiner Denkschrift in dem Generalstabswerk zu erschließen, die ich bereits in der Commission vorgelesen habe. Er sagt darin u. a., Deutschland kann sich gegen Frankreich allein wehren; wäre es dazu nicht im Stande, dann könnte es nicht mehr bestehen. Wir haben nicht das Bestreben der politischen Offensive, aber wir haben das Bedürfnis, in der Lage zu sein, strategisch offenstehen zu können, d. h. einen Kriegsschauplatz im Feindes Land zu verlegen. Wir sind darauf angewiesen, den Krieg schnell zu Ende zu führen. Da wir heute noch im Stande sind, den Feind abzuwehren, selbst wenn ich nur nach Westen sehe, ich will

nicht von zwei Fronten sprechen, das mag dahingestellt sein. Wir haben Grenzen, wie kaum eine andere Nation; man sieht sich über die Schicksale der Grenzlande zu cavalierement hinweg. Wir haben auf dem linken Rheinufer eine nicht abgeschlossene Grenze, an welcher eine große Festung liegt. Ungleich unglücklicher liegen unsere Grenzen im Osten. Die Grenze ist durch kein Gebirge, keinen Fluss geschützt. Kann uns das Schicksal dieser Grenzlande gleichgültig sein? Ist es gleichgültig, ob Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien von Russen überschwemmt wird? Ich rufe die Vertreter der Stadt Danzig auf! Erinnert sich Danzig noch, was es von der Belagerung auszuhalten hatte an Epidemien, Hungers-, Feuers- und Wassersnoth, Lebhafter noch sind die Erinnerungen in der Pfalz. Die Pfalz mußte 1870 darauf gefaßt sein, der Kriegsschauplatz zu sein. Was ist natürlich, als daß man gerade da ein lebhaftes Interesse dafür hat, daß die Streitkräfte Deutschlands möglichst verstärkt werden, damit der Kriegsschauplatz offenstehen in die feindlichen Gebiete verlegt werden kann? Ueber die Bewegung in der Pfalz ist in den Zeitungen mit Gespött hingewiesen worden. Warum haben wir denn Deutschland geschaffen? Um etwa unsere Grenzen preiszugeben oder um ein einzig Volk von Brüdern zu haben und nicht an der Grenze beim ersten Wetterleuchten schwach davastehen? Wenn Elsaß-Lothringen Kriegsschauplatz werden soll, heißt das die Reichslande für Deutschland schützen und sie nicht preisgeben. (Beifall rechts.) Von den Gründen, welche für die Militärvorlage vorgebracht sind, ist nicht ein einziger widerlegt worden, man hat vielmehr anerkannt, die Militärvorlage ist ein durchdachtes Werk. Man kam schließlich dazu: Ja, wir geben Euch nicht mehr, seht nur zu, wie Ihr's macht. Zwei Fragen schienen mit Recht geltend gemacht werden zu können: Die Unteroffizierfrage und die Frage nach der Zahl der Tauglichen. Die Militärvorlage kann den Beweis beibringen, daß diese Fragen nicht von Bedeutung sind. Ferner die Deckungsfrage. Man ist bis zu sehr krassen Übertriebungen gegangen; man hat gemeint, wir würden durch die Einführung der Steuern ein Volk von Bettlern werden. (Heiterkeit.) Das glaube ich nicht. Es ist klar, daß die ausgelegten Lasten drücken, daß Niemand gern mehr zahlen will, namentlich wenn sein Abgeordneter ihm vorredet, daß es nicht nötig ist. Aber sicher ist: die hervorragendsten Volkswirtschaftslehrer sind der Meinung, daß die Militärlasten auf den Kopf der Bevölkerung und überhaupt die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung geringer ist, als bei anderen Völkern. Wir halten die vorgeschlagenen Steuern noch jetzt für die besten, wir würden aber, wenn andere vorgeschlagen werden vom Reichstag, darüber in Erwägungen eintreten. Nur wurde der Militarismus, der alte Gaul aus den sechziger Jahren, wieder aus dem Stall hervorgeholt, neu ausgekümt, und so lahm er war, uns vorgeritten. Er wurde als culturellisch, als antiparlementarisch bezeichnet. Die Socialdemokraten schmückten ihn mit dem Beiwort: der Moloch. Zur Zeit der Militärvorlage in Preußen ging das Wort Militarismus einher mit dem Söldnerheer. Wenn Deutschland seine Culturaufgabe erfüllen soll, muß es doch erst da sein, muß es doch erhalten werden! Jeder Mensch würde es vorziehen, Ausgaben für Kunst, Wissenschaft, Schule und Landesmelioration zu machen, das ist selbstverständlich. Aber wo sieht in der Vorlage der Militarismus? Die Vorlage ist auf das mindeste Maß zugeschnitten, es ist keine vermeidliche Ausgabe darin enthalten. Bei allem Bemühen kann ich also diesen Einwand nicht als gerechtfertigt anerkennen. Ich glaube im Gegenteil, daß man an der Armeen Deutschlands manche gute Seite erkennen kann. Für die Angliederung der neuen Provinzen, für das Zusammenschließen Deutschlands ist der Ritt die Armeen gewesen. Man beruft sich auf die Volksstimme. Gewiß, es ist Verstimmung in vielen Landestheilen da, man wünscht Verschiedenes anders. Ich will nicht darauf eingehen, wie weit diese Verstimmung eine Folge unserer ganzen modernen Gesellschaftsrichtung ist, welche keine Befriedigung aushalten läßt. Ich gebe aus zu, daß die Verstimmung zunehmen kann, wenn es nicht glückt, der Nation klar zu machen, daß diese Vorlage notwendig ist. Man sagt: Warum aber im jüngsten Augenblick eine solche Vorlage? Wir können nicht warten, bis wir die Probe vor dem Feinde machen müssen. Ober sollen wir warten, bis das Vorlanzen nach der Vorlage aus den Wahlkreisen kommt! (Heiterkeit links.) Wenn man auf Stimmen Rücksicht nimmt, dann liegt es nahe, auch auf die Stimmen Rücksicht zu nehmen, welche im Lande vorhanden sein wird am ersten Mobilmachungstage. Dann brauchen wir die herzliche Teilnahme, das entschlossene Eintreten der ganzen Nation. Unser Auftreten wird bedingt von dem Gefühl, welches wir selbst von unserer Stärke dem Feinde gegenüber haben. Die Stimmen wird nur dann eine gute und mutige sein, wenn die Sicherheit verhanden ist, daß alles geschehen ist, was geschehen konnte. Dann wird es sich nicht um Geldopfer bloß handeln, sondern auch um Blutopfer, die dann nicht geringer gemacht werden können. Wir werden aber an Blut sparen, wenn zur rechten Zeit die Aenderungen vorgenommen werden, die erforderlich sind, wenn unsere Armeen verjüngt wird. Wir dürfen nicht das Gefühl, die Schwächen zu sezen, in der Nation aufkommen lassen. Wenn die Militärvorlage nicht zu Stande käme, würde im Volk und in der Armeen etwas von dem Gefühl zurückbleiben, wie sind nicht mehr so stark wie früher. Es wird die Zeit kommen, wo eine volle Patronentasche mehr werth ist, als ein volles Portemonnaie. Zu dieser Zeit soll uns nicht der Vorwurf treffen, daß wir den richtigen Augenblick versäumt haben. Die verbündeten Regierungen wollen das Ihrige thun, um das Bewußtsein zu haben, daß sie nichts versäumt haben. Wir wollen nicht, daß das Volk und die Armeen eine Einbuße an Selbstgefühl erleidet. Wir würden es schmerzlich empfinden, wenn die Militärvorlage abgelehnt wird. Handel und Wandel wollen mit Zuversicht darauf rechnen können, daß sie für längere Zeit nicht gefördert werden. Wenn die Militärvorlage nicht durchgeht, wird auch für die Landwirtschaft eine Beunruhigung eintreten; bei jedem politischen Wälzen wird man nach dem Wetterglase laufen, um zu sehen, wie es steht. Wir würden die zweijährige Dienstzeit nicht einführen können und den verheiratheten Mann, den Familienvater nicht an die Stelle bringen können, die ihm in Kriegsfällen zu kommt. Ein patriotischer Mann, der lange im Ausland gelebt hat, sagt, daß er niemals ein so peinliches Gefühl gehabt habe, als jetzt während der Verhandlungen über die Militärvorlage. Wie wird es in der Presse des Auslandes aussehen, wenn die Militärvorlage fällt? Noch hält sich diese Presse zurück. Aber was nachher zu lesen sein wird, wird sehr peinlich sein. Man hat Gegenvorläge gemacht: zunächst die Miliz. Im Reichstage wird sich wohl dafür keine Mehrheit finden. Aber es gibt Richtungen, welche der Miliz vorarbeiten, wie es Parteien geben, welche den Socialdemokraten vorarbeiten. Denn wenn man uns zumutet, die zweijährige Dienstzeit ohne Verstärkung der Präsenz anzunehmen, so ist das der erste Schritt auf den Bahn zur Miliz. Der Antrag Althaus wiederholt einen Antrag aus der Commission; er ist heute den verbündeten Regierungen ebenso unannehbar, wie er es früher war. Auch der Antrag des Grafen Preussing, der früher Lieber hieß, trägt die Spuren des beginnenden Militärsystems an sich. In seinem Wahlkreise hat Herr Lieber eine Rede gehalten, in welcher er sagte: Mögen auch die Forbiderungen der

Regierung vollkommen berechtigt sein, so ist das Beste einer Partei, wie das Centrum, doch noch wichtiger. Vielleicht wird Herr Lieber in der Lage sein, mir das Nörden von Patriotismus, welches in dieser Rede enthalten ist, nachzuweisen. (Zustimmung rechts.) Herr Bebel hält in der Commission eine Rede über die politische Lage, wie kein Regierungskommissar sie befehl halten konnte. Ich hoffe, er würde schließen mit der Forderung: Also bewilligen wir die Militärvorlage! (Heiterkeit), aber er verlangte eine Herabminderung der Präsenzstärke. (Heiterkeit.) Der "Vorwärts" brachte eine Reihe von Artikeln über die Frage: Kann Europa überprüfen? Darin wurde die Jugenderziehung verlangt; Unteroffiziere sollten bei den Schulen angestellt werden. Und was denkt sich der Verfasser? Er schreibt: Wenn die Unteroffiziere aus der Heimlichkeit der Kaiserin und entrückt dem geheimen Prozeßversahren an die Öffentlichkeit des Schulhofes kommen, dann wird die rebellische Jugend sie schon Mores lehren. Also den Borgeschen sollen Mores gelehrt werden! Ich begreife das bei den Socialdemokraten, aber ich bedaure, daß andere ihnen dabei vorarbeiten. Der Antrag v. Huene ist dankenswerth, aber ich kann mich darüber noch nicht äußern, denn der Antrag ist den Regierungen noch nicht früher zugegangen, als den Abgeordneten. Es muß erst Rückfrage gehalten werden. Ich zweifle nicht, daß die verbündeten Regierungen die Vorlage vorziehen. Bei den Erwähnungen über den Antrag v. Huene wird auch die Rückfrage auf die Möglichkeit der Neuwahl mitgesprochen. Die Regierungen erkennen den Ernst der Sachlage nicht. Für Preußen und das Reich bin ich zu der Erklärung ermächtigt, daß sie eine annehmbare Lösung der Frage in dem Antrage erblicken. Wir behalten uns vor, wenn doch Neuwahlen kommen sollten, die Concessions wieder zurückzunehmen. Wir treten auf den Boden des Quinquennats, zu weiteren haben wir uns nicht verpflichtet. Wir sind bei der Zustimmung zum Antrag v. Huene bis an die äußerste Grenze gegangen. Ich bitte, kommen Sie mit uns und bewilligen Sie das, was für die Ehre und Sicherheit Deutschlands und Europas notwendig ist. (Beifall rechts.)

Preu. Kriegsminister v. Altenborn: Die Militärvorlage hat in der Commission für alle Einzelheiten die eingehende Begründung gegeben, und sie hat keinerlei Wiederlegung erfahren. Die Vorlage bildet ein geschlossenes Ganzes und die Militärvorlage war deshalb genötigt, auf alle Theile gleichmäßig einzugehen, und wir haben die Genugthuung, daß in angefochtenen Punkten, wie beispielweise hinsichtlich der vierten Bataillone, sich schließlich selbst ursprüngliche Gegner sich zu der Aufstellung der Regierung bekannt haben. Unlösbare Mißverständnisse hätten darin ihren Grund, daß von den Mehrheitsparteien angenommen wurde, die zweijährige Dienstzeit sei der Zweck des Gesetzes und im übrigen handle es sich nur um Compensationen, um den Preis dafür. Die Heeresverwaltung steht vielmehr auf dem Standpunkte, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nur ein Mittel ist, die Ausgestaltung der Organisation und die Vermehrung der Wehrkraft auf dem finanziell günstigsten Wege herbeizuführen. Es wurde die Möglichkeit des Erhaltes in dem beobachteten Umfang bestritten, aber die verbündeten Regierungen es für dringend notwendig erkannten, die Heereskräfte im Interesse der Sicherheit des Reiches zu verstärken, und dieses Ziel auf die billigste Weise zu erreichen wünschten, doch noch Ihre Zustimmung zu geben sich entschließen. (Lebhafte Bravos rechts.)

Abg. Frhr. v. Huene (Centr.): Es war mir ein schwerer Entschluß, mit meinem Antrage vor den Reichstag zu treten, aber maßgebend war mir dafür die Erwägung der großen vaterländischen Interessen, die bei dieser ganzen Frage auf dem Spiele stehen. (Lebhafte Bravos rechts.) Der Herr Referent hat erklärt, der Feind solle sich nicht einbilden, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach sind? (Schr. richtig! rechts.) Ein Patriotismus mit dem Stocke in der Hand hilft nichts, er muß ein Schwert haben. Ich habe von vorn herein, daß weiß meine ganze Fraction, den Standpunkt eingenommen, daß das Angebot der Bemühung innerhalb der jüngsten Friedenspräsenz nicht als lehns Antrag durchgeführt werden könnte. Wenn ich davon der Öffentlichkeit keine Kenntniß gegeben habe, so geschah dies aus Gründen, die in den Kreisen meiner politischen Freunde erörtert worden sind und hier nicht hingehören; heute aber ist es eines jeden Recht und Pflicht, sich zu entscheiden, wie es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wenn man die Zeitungen liest, möchte man glauben, es gebe bei uns noch gar keine verfassungsmäßig eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Mein Antrag enthält immerhin eine weitere Anspruchnahme der Kräfte des Landes; aber dies ist ein Fehler, daß er uns im Falle eines Angriffs unangreifbar würde. Was hilft aber die Einigkeit, wenn zu schwach

